



Dr. Heike Belitz, Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Innovation, Industrie, Dienstleistung am DIW Berlin

Der Beitrag gibt die Meinung der Autorin wieder.

Steuerliche Forschungsförderung ist ein stumpfes Schwert

Wohlstand und Wachstum werden in Deutschland wesentlich von Forschung, Entwicklung und Innovation getrieben. Unternehmen, die forschen, um neue Produkte und Verfahren zu entwickeln, gehen dabei oft beträchtliche Risiken ein. Auf dem Weg bis zur Markteinführung gibt es zahlreiche Unwägbarkeiten und nicht jedes innovative Unternehmen profitiert am Ende selbst von der aufwendigen Pionierarbeit. Damit der Innovationsprozess in den Unternehmen nicht erlahmt, können sie vom Staat finanzielle Zuschüsse für Forschungsprojekte erhalten, die sie allein oder in Kooperation mit anderen Unternehmen und Forschungseinrichtungen durchführen. Einen generellen Anspruch auf diese Förderung gibt es jedoch in Deutschland im Gegensatz zu vielen anderen Ländern bislang nicht. Dies könnte sich nun ändern. Industrieverbände fordern schon lange eine zusätzliche steuerliche Forschungsförderung für Unternehmen. Auch die Expertenkommission Forschung und Innovation der Bundesregierung hat sich der Forderung angeschlossen. Sowohl die CDU/CSU als auch die SPD haben die Einführung einer steuerlichen Forschungsförderung in ihre jeweiligen Regierungsprogramme 2013–2017 aufgenommen, die SPD will sie allerdings auf kleine und mittlere Unternehmen (KMU) beschränken.

Geht man von internationalen Erfahrungen aus, so müsste eine Förderung, die auch den zusätzlichen Aufwand in der Steuerverwaltung rechtfertigt, wohl bei einem Steuernachlass in Höhe von etwa zehn Prozent der jährlichen Ausgaben für Forschung und Entwicklung (FuE) der Unternehmen angesetzt werden. Dies würde derzeit in Deutschland zu steuerlichen Mindereinnahmen von mindestens fünf Milliarden Euro führen, und auch im Fall der Förderung nur von KMU noch über eine halbe Milliarde Euro im Jahr kosten. Ob dieser immense Aufwand volkswirtschaftlich vertretbar ist, muss anhand des Nutzens beurteilt werden, der schwer einzuschätzen ist. Die Befürworter der steuerlichen Forschungsförderung glauben, damit mehr Unternehmenskapital in die Forschung lenken zu können und Deutschland dem Ziel

näher zu bringen, drei Prozent seines Bruttoinlandsprodukts für FuE auszugeben.

Der Blick zu europäischen Nachbarn wie Frankreich, Österreich und Großbritannien, die eine steuerliche Forschungsförderung seit einigen Jahren einsetzen und zum Teil erheblich ausgebaut haben, lässt allerdings Zweifel an ihrer Wirksamkeit aufkommen. Denn im Vergleich zu diesen Ländern sind die FuE-Ausgaben der Unternehmen in Deutschland in den letzten Jahren schneller gestiegen und in Relation zum Bruttoinlandsprodukt sind sie hier nach wie vor am höchsten. Auch die von manchen beschworene Verlagerung von FuE-Aktivitäten deutscher Unternehmen an die nun nahen kostengünstigeren Standorte im Ausland fand nicht statt.

Von einer steuerlichen Forschungsförderung würden zudem viele innovative KMU nicht profitieren, denn viele haben keine eigene Forschungsabteilung und führen nur gelegentlich Forschungs- und Innovationsprojekte durch. Ihnen dürfte es deshalb schwer fallen, Aktivitäten nachzuweisen, die sie zur Inanspruchnahme einer steuerlichen Förderung berechtigen. Bei einer angedachten zehnpromzentigen Förderung sind die Steuerersparnisse zudem für kleine Unternehmen so gering, dass davon kaum Impulse für neue FuE-Aktivitäten ausgehen können. Gerade für diese Unternehmen hat sich in Deutschland das „Zentrale Innovationsprogramm für den Mittelstand“ des Bundes als unbürokratische Projektförderung bewährt. Die hohen Bewilligungsquoten und die Zuschüsse zu den Aufwendungen in Höhe von 35 bis 50 Prozent setzen spürbare Anreize für mittelständische Unternehmen, auch risikobehaftete Projekte anzugehen.

Die Förderung von Forschung, Entwicklung und Innovation in den Unternehmen bleibt eine zentrale wirtschaftspolitische Aufgabe. Deutschland sollte dabei die Instrumente der Projektförderung evaluieren und weiterentwickeln und angesichts der internationalen Erfahrungen auf die teure steuerliche Förderung mit hohen Mitnahmeeffekten verzichten.



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
www.diw.de
80. Jahrgang

Herausgeber

Prof. Dr. Pio Baake
Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Karsten Neuhoff, Ph.D.
Dr. Kati Schindler
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Sabine Fiedler
Dr. Kurt Geppert

Redaktion

Renate Bogdanovic
Sebastian Kollmann
Dr. Richard Ochmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Lektorat

Dr. Kerstin Bernoth

Textdokumentation

Manfred Schmidt

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-89789-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74, 77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01806 - 14 00 50 25,
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.